

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol GRÜ**

Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schriftlich und mündlich über den Stand der Konzertsaal-Debatte in München und über ihre weiteren Planungen zur Beteiligung an der Sanierung der Philharmonie im Gasteig zu berichten. Dabei sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

- Wer hat welche Gespräche zwischen Freistaat und Stadt München zur gemeinsamen Nutzung der Philharmonie durch die Münchner Philharmoniker und das BR-Symphonieorchester mit welchem Zwischenergebnis geführt?
- Wurde bereits geprüft, ob eine gemeinsame Nutzung möglich ist, bzw. wann und durch wen soll die Prüfung erfolgen?
- Was sind die Ergebnisse der Studie zur Auslastung eines neuen Konzertsaals, die das Kunstministerium in Auftrag gegeben, aber bisher noch nicht veröffentlicht hat?
- Welche neuen Argumente sprechen für den Gasteig, nachdem die vorliegenden zwei Studien und auch das Symphonieorchester dieser Lösung ablehnend gegenüberstehen?
- Wie stehen der BR und sein Symphonieorchester zum Vorschlag eines gemeinsamen Konzertsaals im Gasteig?
- Wie ist die Haltung der freien Konzertveranstalter und der Stadt München dazu?
- Ist geplant, den Herkulesaal auch unabhängig von der Entscheidung für den Gasteig bzw. eines Neubaus zu sanieren und umzubauen?
- Zu welchen Ergebnissen ist die in der letzten Legislatur einberufene Arbeitsgruppe zum Konzertsaal gekommen?
- Werden die bisherigen Planungen für einen Konzerthausneubau, z.B. im Areal zwischen Galerie- und Von-der-Tannstr., parallel zu den Gesprächen zur Philharmonie weiterverfolgt?
- Wann ist mit einem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Freistaat und der Stadt München zu rechnen?
- Mit welchen Kosten rechnet der Freistaat, wenn er sich an der Generalsanierung beteiligen würde?
- Welche Zeit werden voraussichtlich die Vorarbeit und Planungen in Anspruch nehmen, sollte es zu einer Einigung mit der Stadt München kommen?
- Wann könnte mit der Sanierung begonnen werden und wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen?
- Welche Pläne liegen vor, sollten die Gespräche mit der Stadt scheitern?

Begründung:

Seit Jahren wird diskutiert, ob München für das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks einen zusätzlichen Konzertsaal braucht. Die Grünen brachten bereits Anfang 2007 das Thema in den Landtag. Die Staatsregierung hielt im selben Jahr einen Ideenwettbewerb für den Marstall ab, mit dem Ziel, ihn zu einem Konzertsaal umzubauen. Anfang 2009 hat Ministerpräsident Seehofer öffentlich die Errichtung eines Konzertsaals für das BRSO zugesagt. Bei einem nichtöffentlichen Runden Tisch im Mai 2009, zu dem die Grünen alle Beteiligten bzw. Betroffenen, von Stadt bis freien Konzertveranstaltern, ins Maximilianeum eingeladen hatten, wurde deutlich, dass das BRSO das international herausragende Niveau dauerhaft nur mit eigenem Belegungsrecht halten kann.

Nach dem Scheitern der Marstall-Pläne wurden drei Studien in Auftrag gegeben, die letzte ist noch nicht veröffentlicht. Die Untersuchungen von Metrum Managementberatung, beauftragt von der Städtischen Gasteig GmbH, und von Karsten Witt Musikmanagement im Auftrag des Bayerischen Rundfunks, kamen zum Schluss, dass eine Parallelbespielung durch Philharmoniker und Symphoniker nicht möglich sei. Die Staatsregierung hat deshalb eine Arbeitsgruppe zur Suche eines möglichen Standorts für das Konzerthaus eingerichtet. Obwohl sich schnell der Finanzgarten am Hofgarten als am besten geeignet herauskristallisierte und auch vom BR-Orchester selbst favorisiert wurde, brachte die Staatsregierung den Kongresssaal des Deutschen Museums ins Spiel. Eine Machbarkeitsstudie, die zweckentfremdet aus Mitteln für Forschungseinrichtungen, darunter das Deutsche Museum, finanziert wurde, kam zum Ergebnis, dass sich ein Konzertsaal nur schwer in den Kongresssaal einbauen ließe; zudem sprach sich das Deutsche Museum vehement dagegen aus. Seither hat man von den Plänen der Staatsregierung nichts mehr gehört. Zwar wurde von Staatsminister Spaenle laut Medienberichten die Arbeitsgruppe wieder einberufen, „ohne deren Arbeit wirklich zu forcieren“ (SZ v. 25.10.2014).